



Links.Blick.

Die linke Zeitung für Cottbus und Spree-Neiße, Jahrgang 2022/25.11., Ausgabe 22

Von Trickseriein und Warten auf den Wumms

Christian Görke über die Haushaltswoche im Bund

Der Winter ist da, die Heizperiode hat begonnen, doch die Preisbremsen lassen noch auf sich warten. Währenddessen dürfen sich Dax-Manager auf tausende Euro Steuerersparnis freuen. Die Ampel-Politik passt nicht in die Zeit!

Immer mehr Menschen bekommen dieser Tage Post vom Versorger. Strom und Gas werden teurer, die Abschläge schwellen an. Jetzt rächt sich, dass die Preisbremsen erst jetzt auf den Weg gebracht werden. Die Vorschläge lagen lange auf dem Tisch. Die Ampel hat sich allerdings erst getraut, nachdem die EU-Kommission alle Länder per Verordnung verpflichtet hatte. Die Ampel musste zu den dringend notwendigen Entlastungen getragen werden.

Alarm: Jugendarmut wächst bedrohlich

Neue Zahlen haben ergeben: jeder vierte Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren ist arm. Jeder dritte Student lebt am Existenzminimum. Eine Katastrophe! Gerade für eine alternde Gesellschaft, sind wir doch darauf angewiesen, dass die nächsten Generationen bestens ausgebildet sind und die Wirtschaft am Laufen halten. Und in den Zahlen sind die gestiegenen Energiepreise noch nicht eingerechnet. Versprochen hatte die Ampel eine 200-€-Einmalzahlung für Azubis und Student:innen. Bisher ein leeres Versprechen, denn noch

immer ist nicht geklärt, wie das Geld ausgezahlt werden soll. Geplant ist ein bürokratisches Antragsverfahren.

Lindners Mogelhaushalt

Im Bundestag war Haushaltswoche. Es wurde über den Bundeshaushalt für das nächste Jahr debattiert. Finanzminister Lindner ist stolz, die Schuldenbremse einzuhalten. Die Wahrheit ist: auf dem Papier hält er sie ein, weil er mehr als 300 Milliarden Schulden in Nebenhaushalten an der Schuldenbremse vorbeimogelt. Ehrlich wäre die Schuldenbremse erneut auszusetzen. Krise ist noch immer!

Kampfjets ja, echte Hartz 4 Reform nein

Die Union hat ein Schmierentheater veranstaltet. 100 Milliarden € für die Bundeswehr, allein 40 Milliarden € für neue Luftwaffen, haben sie durchgewunken, aber zwei Milliarden € für das neue Bürgergeld wollten sie blockieren. Ob sich Arbeit noch lohnt, entscheidet sich an den Löhnen, nicht an 50-€-Inflationsausgleich für Bürgergeld-Empfänger. Übrigens: Die Union war gegen die Mindestloohnerhöhung auf zwölf Euro. Das zeigt die Verlogenheit der Debatte. Das bewährte Konzept der Union wurde im Verbund mit den Springer-Medien dabei wieder ausgekramt: Die Ärmsten und die Armen gegeneinander ausspielen. Herausgekommen bei dem Kompromiss ist eine Fortschreibung



von Hartz4 als Armut per Gesetz. Die Leistungsempfänger:innen haben weder mehr Geld, noch wurden signifikante Verbesserungen im Bereich der Sanktionierung vorgenommen. Für die Menschen, denen Hoffnung auf eine wirkliche Verbesserung gemacht wurde, ist das ein Schlag ins Gesicht. Und auch dass die SPD und die Grünen den Kompromiss noch als Erfolg verkaufen, ist ein Hohn. Richtig ist: eines der zentralen Anliegen von SPD und Grünen ist krachend gescheitert!

Wer hat, dem wird gegeben

Teil des Haushalts war auch das Inflationsausgleichsgesetz. Damit erhöht die Regierung die Eckwerte, ab denen Einkommensteuer gezahlt werden muss. Der Teufel steckt im Detail: Der Dax-Manager spart damit fast 1.400 Euro an Steuern, die Kassiererin gerade mal 500 Euro. Wer Teilzeit arbeitet, geht unter Umständen sogar ganz leer aus. Das Inflationsausgleichsgesetz ist ein Spitzenverdienern-entlastungsgesetz. Das passt nicht in die Zeit!

Bürgersprechstunde

Liebe Cottbuser:innen, als Lausitzer Abgeordnete freue ich mich sehr auf ihre Fragen und Themen!

20. Dezember ab 17 Uhr

Anke Schwarzenberg, MdL
Sprecherin für Strukturwandel Lausitz, ländliche Entwicklung, Regionalplanung und Raumordnung

GF DIE LINKE Lausitz
Ostrower Str. 3
03046 Cottbus

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

Bürgersprechstunde

Liebe Cottbuser:innen, ich bin gern für Ihre Anliegen, Fragen und Nöte da. Sprechen Sie mich an! Besuchen Sie mich in meinem Wahlkreisbüro.

8. Dezember 13 - 14 Uhr

Christian Görke, MdB
Sprecherin für Finanz- und Steuerpolitik der Linksfraktion im Deutschen Bundestag

Wahlkreisbüro Görke
Ostrower Str. 3
03046 Cottbus

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Da ist noch viel Luft nach oben!

Linksfraktion im Landtag über das Brandenburg-Paket

Im Dezember soll der Doppelhaushalt 2023/2024 im Landtag beschlossen werden. Zuvor wird das Parlament aufgefordert, die Haushaltsnotlage zu erklären, um den Weg für das Brandenburger Paket der Landesregierung frei zu machen. Die Notlagenerklärung gilt für zwei Jahre. Damit wird es möglich, die Maßnahmen des Pakets mit dem Umfang von fast 2 Milliarden € über Kredite zu finanzieren. Mit dem Geld soll ein Rettungsschirm für Kommunen, Familien, Verbraucher:innen, soziale Einrichtungen, kommunale Verkehrsunternehmen, für Wirtschaft und kritische Infrastruktur geschaffen werden.

Die Finanzministerin erklärte bei der Vorstellung des Brandenburger Pakets: „Mit dem Brandenburg Paket geben wir die richtige Antwort auf die Krise.“

Wir fragen: ist das wirklich die richtige Antwort, wird mit diesem Paket die anstehende Krise wirkungsvoll bekämpft?

Unsere Antwort: Da ist noch viel Luft nach oben!

Seit Monaten haben wir eine Notlagenerklärung gefordert, jetzt soll sie endlich kommen. Der Schritt geht in die richtige Richtung, die Ausgestaltung für das Paket ist aus unserer Sicht nicht ausreichend.

Hier unser Vorschlag für ein Brandenburger Paket!

Anhaltende und sich überlagernde Krisen wie Klimakrise, Preiskrise, Corona Krise, Krieg in der Ukraine, wachsende regionale Disparitäten, Bildungsnotstand – bestimmen unsere Zeit. An den Menschen in Brandenburg gehen diese Entwicklungen nicht spurlos vorbei. Es geht darum, die Menschen im Land einerseits bestmöglich vor den Folgen der Preiskrise zu schützen und das Land andererseits zukunftsfest aufzustellen. Jeder Euro, den wir heute nicht in die

Stabilisierung unserer Wirtschaft, in die Zukunftsfähigkeit unseres Staates und in den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft investieren, wird später um ein Vielfaches zu Buche schlagen

1. Handlungsfähigkeit des Staates sicherstellen – ein Haushalt, der sich an realen Bedarfen orientiert

- Einführung der vollen Kitabetragsfreiheit (195 Mio. € für 2023; 160 Mio. € für 2024)
- Deckelung des Essensgeldes für Hort-/Kita/Schule (80 Mio. € pro Jahr)
- langfristige Absicherung von Schulen mit multiprofessionellen Teams und zusätzlichem Unterstützungspersonal und Schulsozialarbeit an jeder Schule (40 Mio. € pro Jahr plus 5,3 Mio. € pro Jahr)
- Streichung des Vorwegabzugs bei den Kommunen (95 Mio. € pro Jahr)
- Zuschüsse für die Unterbringung und Versorgung Geflüchteter (ca. 10 Mio. € pro Jahr)
- Beschleunigung von Genehmigungsverfahren Ausbau Erneuerbare Energien (2 Mio. € pro Jahr)
- Unterstützung der Tafeln (1 Mio. € pro Jahr)
- Förderung der Arbeitsmarktintegration (500.000 € pro Jahr)

2. Akute Hilfe in der Krise sicherstellen – ein Schutzschirm für Brandenburg

- Härtefallfonds für Bürger:innen, deren Existenz infolge der hohen Preise bedroht ist (150 Mio. € auf zwei Jahre)
- Nothilfen für die Unternehmen (200 Mio. € auf zwei Jahre)
- Schutzschirm für Pflege- und Rehaeinrichtungen in Form von Zuschüssen für die Betriebskosten (10 Mio. € auf zwei Jahre)
- Rettungsschirm für die soziale

Infrastruktur im Land (100 Mio. € auf zwei Jahre)

- Schutzschirm für die Kommunen (600 Mio. € auf zwei Jahre)

3. Investitionen in Transformation, Resilienz und soziale Sicherheit – ein Zukunftsprogramm für Brandenburg

- Einrichtung eines Klima- und Transformationsfonds (400 Mio. € auf zwei Jahre)
- Anpassung des KIP Bildung an die tatsächlichen Bedarfe mit Stand 2022 (700 Mio. € auf zwei Jahre)
- Investitionen zur Umsetzung der Verkehrswende im kommunalen ÖPNV (240 Mio. € auf zwei Jahre)
- Einrichtung eines energetischen Sanierungsprogramms Sozialer Wohnungsbau (500 Mio. € auf zwei Jahre)
- Programm Bürgernetze mit Gründung einer Landesnetzagentur zur Unterstützung der Kommunen beim Rückkauf der Energienetze (100 Mio. € auf zwei Jahre)

Bei diesen Drei-Punkten orientieren wir uns an der von der Finanzministerin genannten Zahl von 5 Milliarden €, die laut ihrer Aussage eigentlich notwendig wären, um die Krisenfolgen für die Menschen in Brandenburg abzufedern und notwendige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Landes zu tätigen. Insgesamt erfordern unsere Vorschläge eine Nettokreditaufnahme in Höhe von ca. 4,77 Mrd. €. Mit diesen Vorschlägen sind wir aktuell in der Haushaltsdiskussion.

Wir wollen, dass die Maßnahmen des Brandenburger Paketes in den Ausschüssen diskutiert und dort beschlossen werden und nicht in Form von Richtlinien in den Ministerien landen und dort der Zugriff erfolgt.

Anke Schwarzenberg, MdL



Unsere Anträge im November

- Gesetzentwurf: Nachtragshaushaltsgesetz (Brandenburger:innen finanziell in der Krise helfen) **ABGELEHNT**
- Gesetzentwurf: Corona-Fonds für Energiepreiskrise nutzen **ABGELEHNT**
- Landesschutzschirm stoppen **ABGELEHNT**
- Menschen vor Armut schützen - Hartz IV abschaffen! **ABGELEHNT**

- Einrichtung einer regionalen Projektentwicklungsgesellschaft für den Lausitzer Strukturwandel **ÜBERWIESEN IN AUSSCHUSS**
- Bildungsoffensive stoppen – sofort handeln – Bildungsnotstand verhindern **ABGELEHNT**
- Bau des Ein- und Ausreisezentrums am Flughafen BER stoppen! **ABGELEHNT**
- Gesetzentwurf: Erstes Gesetz zur Änderung des Enteignungsgesetzes des Landes Brandenburg **ABGELEHNT**

Dicke Luft im Stadthaus

Fraktionsvorsitzender Matthias Loehr kritisiert Informationspolitik der Stadtwerke

Am 26. Oktober führte die Linksfraktion eine Aktuelle Stunde im Rahmen der regulären Sitzung der Stadtverordnetenversammlung durch. Der Titel lautete: „Die regionalen Auswirkungen der massiv steigenden Energiepreise sowie die kommunalen Möglichkeiten und Grenzen diese zu lindern.“

Im Nachgang habe ich meine Einschätzung hier im LinksBlick geschrieben. So wurde im Redebeitrag von Vlatko Knesevic, Geschäftsführer der Cottbuser Stadtwerke, der Eindruck vermittelt, dass Bestandskunden der Stadtwerke bis zum Sommer 2023 keine drastischen Preiserhöhungen zu erwarten haben.

Keine drei Wochen später erhielten jedoch hunderte Kunden Briefe, die eine Verdopplung der Strompreise ab 01.01.2023 ankündigten. Die Gaspreise werden sich

für Bestandskunden – je nach Ausgangsniveau – sogar verfünffachen. Somit wurden die Stadtverordneten und die interessierte Öffentlichkeit getäuscht. Es war ausdrückliches Anliegen der Aktuellen Stunde, den Cottbuser:innen reinen Wein einzuschenken. Wir wollten hören, worauf wir uns in den kommenden Monaten einstellen müssen. Diese Erwartungshaltung habe ich auch in den Vorgesprächen verdeutlicht. Niemand ist davon ausgegangen, dass Energiepreise oder Abschläge so bleiben wie sie sind.

Allerdings ist nicht nur bei mir durch den Vortrag von Herrn Knesevic der Eindruck entstanden: Es gibt nichts zu befürchten. Gehen Sie von moderaten Preissteigerungen aus.

Daher war die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. November eine Gelegenheit nachzufragen und deutliche

Kritik an der Informationspolitik der Stadtwerke Cottbus zu äußern.

Leider hatte der Geschäftsführer nicht die Größe, sich für seine Ausführungen zu entschuldigen und die neuen Preise zu erklären. Vielmehr beharrte er auf seinem Standpunkt, er hätte lediglich in Aussicht gestellt, die Preise würden bis zum Sommer 2023 nicht das Marktniveau erreichen.

Im Gegensatz zu Herrn Knesevic weiß ich heute noch nicht, welche Marktpreise es im Sommer 2023 geben wird. Was ich jedoch von einem Geschäftsführer einer städtischen Gesellschaft im Rahmen einer öffentlichen Sitzung des Stadtparlaments erwarte, sind klare unmissverständliche Aussagen sowie Ehrlichkeit und Transparenz.

Wir werden das Thema weiterhin bearbeiten und die Verantwortlichen in die Pflicht nehmen.

Boomtown Cottbus - Weg für City Night Manager frei

Fast alle Kandidat:innen wollten einen... schon während des Oberbürgermeisterwahlkampfes wurde es oft gesagt: die Rede ist von einem Nachtbürgermeister oder eben einem City Night Manager. In der 33. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23.11.2022 wurde nun auf Antrag unserer Fraktion der Prüfauftrag an die Stadt erteilt, die Ausgestaltung und Finanzierung einer solchen Stelle in die Wege zu leiten. Das Modell eines Beauftragten für Nachtleben, Nachtbürgermeisters oder City Night

Managers kommt ursprünglich aus den kosmopolitischen Großstädten wie Amsterdam oder New York. Die erste deutsche Stadt mit einem Nachtbürgermeister war Mannheim 2018. Seither haben Mainz, Heidelberg, Osnabrück, Stuttgart, München, Münster, Leipzig und Dresden nachgezogen. Sie verstehen, dass zu hoher Lebenswertigkeit auch ein lebendiges Nachtleben gehört, um Menschen in die Stadt zu bringen und zu halten – ob als Tourist:innen, Student:innen und/oder Einwohner:innen. Das dieser

Wunsch nicht reibungsfrei ist, liegt an den diversen Interessen. Wichtig ist darum die zentrale Rolle des City Night Managers als Netzwerker und Vermittler zwischen den Akteur:innen der Kulturszene und Nachtökonomiebetrieben mit den Bürger:innen sowie den Ordnungsvertreter:innen.

Um für Cottbus eine passgenaue Stelle zu beschreiben, haben wir im Antrag einen Runden Tisch gefordert, damit möglichst alle Beteiligten eine Stimme bekommen und unsere Boomtown bald einen Super-CNM.

Rückblick 2. Sandower Bürgerbrunch



EIGENTLICH wollte die Cottbuser SVV-Abgeordnete Birgit Mankour am Samstag beim 2. Bürgerbrunch die Bürger:innen mit den Fakten zum geplanten Bürgergeld 2023 vorbereiten. Stattdessen konnte die Rechtsanwältin und Landesvorsitzende Katharina Slanina (Foto) leider nur über einige vage Eckpunkte des von der Regierungskoalition geplanten Projektes sprechen. Seit Wochen toben Machtkämpfe zwischen den oppositionellen Christdemokraten und der Regierung um die Ausgestaltung einer menschenwürdigen Grundsicherung.

Dafür sind sich CDU/CSU auch nicht zu schade, mit Falschberechnungen Stimmung gegen arme Menschen zu machen und Bevölkerungsschichten gegeneinander auszuspielen, wenn sie behaupten, dass sich durch die Änderungen zum Bürgergeld und den gemachten Vorschlägen der Ampel beispielsweise Arbeit nicht mehr lohnen würde. Sie malen das Bild vom „faulen Arbeitslosen“. Die Realität indes zeigt ein vielschichtigeres Bild der Menschen, welche in die Grundsicherung geraten sind.

Auch die LINKE hätte am bestehenden Gesetzentwurf viele Punkte zur Nachbesserung, wenn auch in eine gänzlich andere Richtung: nicht nur die geplante Erhöhung des Regelsatzes um 50 € ist viel zu gering, die Berechnungsgrundlage müsste völlig neu überdacht werden. Wir fordern u.a. mehr Konsequenz bei der Aufhebung der Sanktionsregelung, da eine Namensänderung das Wesen einer Sache nur marginal ändert, die Übernahme der

Stromkosten nach Verbrauch sowie die Integrierung der Heizkosten in voller Höhe in die Wohnkosten.

Leider steht selbst der Termin der Inkraftsetzung zum 1. Januar 2023 auf der Kippe. Am Mittwoch tagt der Vermittlungsausschuss. Es ist damit zu rechnen, dass die Opposition in weiten Teilen ihren Willen auf dem Rücken der Ärmsten durchsetzen wird. Die SOZIALdemokrat:innen, denen dieses Gesetz eine Herzensangelegenheit war, werden wohl auf dem Ruf als HARTZ4-Partei sitzen bleiben, denn egal, welchen neuen Namen sie ihm geben – es bleibt ein Projekt für Armut per Gesetz.

Wir haben uns im Februar in dieser Runde erneut verabredet. Dann wollen wir noch einmal den Versuch starten und alles über das neue Bürgergeld mit den Betroffenen und Interessierten besprechen.

TERMINE

Politischer Kaffeepausch jeden zweiten Mittwoch jeweils von 15 -18 Uhr, Cottbus, Geschäftsstelle

08.12. Bürgersprechstunde von Christian Görke, MdB

13:00 bis 14:00 Uhr, Geschäftsstelle der LINKEN, Ostrower Straße 3 in Cottbus

15.12. PLAN B in Zusammenarbeit mit der Linksfraktion Brandenburg voraussichtlich:

Was Linke und Christen verbindet!?
Diskussionsrunde mit Glühwein ab 18 Uhr im Zelig, Friedrich-Ebert-Str., Cottbus

17.12. Politfrühstück mit Weihnachtsduft, Stolle und Keksen

20.12. Bürgersprechstunde von Anke Schwarzenberg, MdL

17:00 bis 19:00 Uhr, Geschäftsstelle der LINKEN, Ostrower Straße 3 in Cottbus

Büroöffnungszeiten

Dienstag bis Donnerstag 10 - 16 Uhr

Dienstag: Kassentag

Mittwoch: Soziale Bürgerberatung 11 - 13 Uhr
jederzeit per E-Mail info@dielinke-lausitz.de
Tel: 0355 - 22 44 0

im Netz: www.dielinke-lausitz.de

MITSTREITER:INNEN GESUCHT!

Mit den steigenden Sorgen der Bürger:innen wird auch unsere soziale Beratungsstelle „DIE LINKE hilft“ zunehmend frequentiert. Darum suchen wir engagierte Menschen, die anderen mit ihrem Wissen im Bereich der Sozialgesetzgebung, Pflege, Finanzen, Recht... helfen wollen und können. Für Weiterbildungsangebote sorgen wir zudem.

Bitte melden über

cottbus@dielinke-lausitz.de

- Familie
- Rente
- Studium
- Migration
- Soziales
- Hartz IV
- Neu: Heiz- und Mietkosten

Soziale Bürgerberatung



DIE LINKE.
hilft!

- Mittwochs 11 - 14 Uhr
- Cottbus, Ostrower Str. 3
- Tel: 0355 22 44 0

Bürgersprechstunden des Jobcenters Cottbus sind wie folgt geplant:

Mittwoch, 07.12.2022 von 10:00 bis 12:00 Uhr im Stadtteiladen Neu-Schmellwitz, Zuschka 27, 03044 Cottbus

Dienstag, 13.12.2022 von 13:00 bis 15:00 Uhr im Regionalen-Willkommen-Treff in Sachsendorf, Gelsenkirchener Allee / Dostojewskistraße 8, 03050 Cottbus

Abschlussaktion mit Schalübergabe „Stricken gegen soziale Kälte“

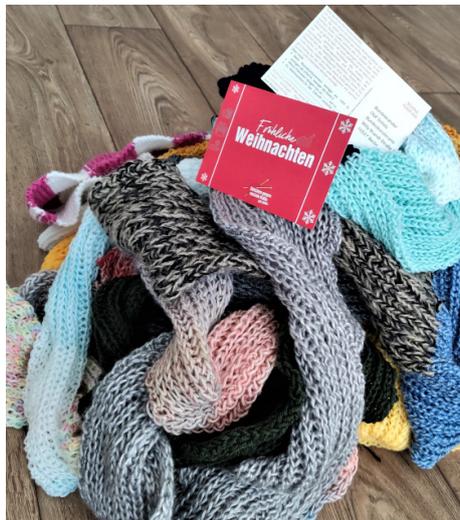
Liebe Genoss:innen,

sicher habt Ihr mit Interesse unsere Aktion „Stricken gegen Soziale Kälte“ verfolgt oder seid selbst vor Ort gewesen, wenn unsere Teams von September bis in den November hinein wöchentlich vor dem Stadtbrunnen gestrickt und mit den Menschen gesprochen haben. Wir haben nun mehr einen 60 Meter Schal, damit Olaf und seine Regierungsfreunde Christian und Robert zu Weihnachten nicht frieren müssen. Auch haben uns viele Menschen ihre Weihnachtspost für „Die Drei von der Regierung“ dagelassen. Nun wollen wir aber dafür sorgen, dass das Geschenk und die Postkarten auch nach Berlin an ihren Adressaten gelangen. Am 6. Dezember treffen wir uns dazu vor

der Sachsendorfer Tafel. Es wird Tee und Weihnachtskekse geben, die wir mit den ca. 100 Menschen, mit denen an diesem Tag durch die Tafel gerechnet wird, teilen. Die Schalübergabe erfolgt ca. 11 Uhr an unseren Bundestagsabgeordneten Christian Görke, der zum Nikolaustag die Freiwilligen von der Tafel auch bei der Lebensmittelausgabe unterstützen wird.

Kommt bitte in großer Zahl, um bei der Übergabe dabei zu sein. Natürlich wollen wir auch ein paar ganz besondere Fotos mit unserem Schal schießen.

Dienstag, 06.12. ab 10 Uhr bis ca. 14 Uhr
Die Tafel Cottbus, Dostojewskistraße 8A, 03050 Cottbus
(Toiletten sind vorhanden)



Kältehilfe

Wie auch schon in den Vorjahren unterstützen wir die Diakonie NL. Im „Straßenkaffee“ der Stadtmission kümmern sich die Haupt- und Ehrenamtler:innen um Menschen, die ohne Wohnung, Mittel oder Hilfe auf der Straße leben. Von November bis März bietet sie den Kältenotdienst im „Straßenkaffee“ und zusätzliche Öffnungszeiten samstags, sonntags und feiertags von 07.30 bis 18.00 Uhr an. Zudem gibt es Hilfsangebote wie Kleiderkammer, warmes Essen und Getränke, Duschen, Waschmaschine. **Ab Januar wollen wir das Team wieder mit einer „Roten Brigade“ unterstützen. Wer mitmachen möchte, meldet sich bitte bei Sonja oder Conny.**

Impressum Nr. 22/2022

Herausgeber: DIE LINKE. Lausitz Ortsvorstand Cottbus, 03046 Cottbus, Ostrower Straße 3, Telefon: (0355) 22 44 0; V.i.S.d.P. Christopher Neumann, PR u.a. Layout/Satz: wortreich.de, Cornelia Meißner; Fotos: pr/dielinke
/// NÄCHSTER LINKS.BLICK ERSCHEINT AM 09.12.2022, Redaktionsschluss: 07.12.2022

BPA-Fahrten

Fahrten des Bundespresseamtes: Drei Mal im Jahr kann Christian Görke interessierte Bürger:innen aus seinem Wahlkreis nach Berlin einladen. Dort erwartet sie ein Rundum-Programm inkl. Führung im Bundestag, Gedenkstättenbesuche und kulturelles Begleitprogramm. Leider sind die Kontingente eng begrenzt und die Zahl an Interessierten übersteigt jene der freien Plätze um ein Vielfaches.

Der nächste Termin ist der 27. Januar. Genaueres folgt in Kürze.

Meldet Euch bitte per E-Mail bei meissner@dielinke-lausitz.de oder im Wahlkreisbüro persönlich an. Von hier wird die Koordination federführend übernommen.